Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 261 | Halver, Donnerstag, 10. November 1955 | 1955

Harte Sprache am Genfer Konferenztisch

Deutschlandfrage vorläufig vertagt

Molotow machte keine neuen Vorschläge - Ab Donnerstag wird die Abrüstungsfrage diskutiert

dmt. Genf, 9. November

Am Schluß der Mittwoch-Sitzung der vier Außenminister wurde beschlossen, die Diskussion über den Punkt 1 der Tagesordnung — Deutschlandfrage und europäische Sicherheit — zu vertagen und am Donnerstag den Punkt 2 — die Abrüstungsfrage — zu diskutieren.

Vorher hatten in der dreieinhalbstündigen, vom französischen Außenminister Pinay geleiteten Sitzung die drei westlichen Außenminister nacheinander Molotow beschuldigt, durch seine starre Ablehnung des westlichen Deutschland-Plans ernste Folgen nicht nur für Europa, sondern auch für die Sowjets selbst heraufzubeschwören. Molotow hatte in seiner Entgegnung einen gemäßigteren Ton als am Vortag angeschlagen, aber keine positiven Vorschläge über die Wiedervereinigung gemacht, sondern war auf die nächsten beiden Punkte der Tagesordnung, die Abrüstung und die Ost-West-Kontakte, zugesteuert. Er behauptete, am Dienstag nicht gesagt zu haben, daß er die Sowjetisierung Gesamtdeutschlands wünsche, forderte aber eine Kontaktaufnahme zwischen den beiden Teilen Deutschlands, wobei er sowohl die Interessen der Bundesrepublik als auch der DDR zu berücksichtigen empfahl. Außerdem schlug er vor, die Bestände der auf deutschem Gebiet stationierten fremden Truppen um 50 Prozent zu reduzieren.

Die Anklagen der Westminister

Der britische Außenminister MacMillan und sein amerikanischer Kollege Dulles übten über eine Stunde lang Kritik an Molotows Haltung und warfen ihm vor, sein Beitrag zu dem „Geist von Genf" sei völlig negativ. Während MacMillan betonte, es sei „eine sehr ernste Lage" dadurch entstanden, daß Moskau keine freien Wahlen in ganz Deutschland akzeptiere, und es sei „eine brutale Tatsache", daß für Moskau die Bolschewisierung ganz Deutschlands die einzige annehmbare Garantie für eine Wiedervereinigung sei, erklärte Dulles, die Haltung Molotows habe Entmutigung und Besorgnis in der ganzen Welt ausgelöst und die Gefahr heraufbeschworen, daß zwischen der Sowjetunion und anderen europäischen Staaten gespannte Beziehungen entständen, wodurch auch das sowjetisch-amerikanische Verhältnis wesentlich berührt werde. Wörtlich erklärte Dulles: „Die Direktive, die uns hierher gebracht hat und von der wir uns hier leiten lassen sollten, hat uns nicht aufgefordert, über die relativen Vorzüge der sozialen Systeme der deutschen Bundesrepublik und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik zu urteilen. Sie beauftragte uns, Deutschland im nationalen Interesse wiederzuvereinigen. Deshalb wird das deutsche Volk selbst bestimmen, unter welchem System es zu leben wünscht." Dulles erklärte bedauernd, was in Genf jetzt geschehen sei, habe das auf der Konferenz der Regierungschefs geschaffene Vertrauen weitgehend zerstört.

Dulles wies mit großem Nachdruck auf die Lehren des Versailler Vertrags hin und erinnerte Molotow daran, daß dieser am 31. Oktober 1939 selbst die Fesseln verdammt habe, die Deutschland durch Versailles auferlegt worden waren. Diese Fesseln könnten aber in keiner Weise mit der Ungerechtigkeit und Grausamkeit verglichen werden, die die von den Sowjets herbeigeführte Spaltung Deutschlands darstelle. Wenn bisher über 2,7 Millionen Deutsche aus der sowjetischen Zone in die Bundesrepublik geflohen seien und allein im Monat Oktober die Zahl der Flüchtlinge 32 874 betragen habe, so könnte eine solche Situation nicht längere Zeit andauern, ohne daß sich schlimme Folgen einstellten.

Der französische Außenminister Pinay schließlich ging am schärfsten mit Molotow ins Gericht, betonte jedoch, alle etwaigen Gegenvorschläge Molotows würden von der französischen Regierung mit großer Verständigungsbereitschaft geprüft werden. Wenn sich Molotow immer um die Sicherheit Frankreichs und der anderen Nachbarländer Deutschlands besorgt gezeigt habe, so wäre deren Sicherheit ernsthaft in Frage gestellt, wenn sich der sowjetische Standpunkt durchsetzen sollte.

Molotow setzte sich gegen den Vorwurf zur Wehr, daß er am Dienstag den Wunsch nach einer Sowjetisierung ganz Deutschlands geäußert habe. Aus seinen Worten habe der Wunsch nach einer Fortsetzung der Deutschland-Beratungen durchgeklungen, als er gesagt habe, der „Geist von Genf" solle am Leben erhalten werden und die Außenminister sollten sich weiter um eine gemeinsame Lösung bemühen.

Völlige Uebereinstimmung der Ansichten über die Konsequenzen der gegenwärtigen Deutschlanddebatte in Genf ergab ein Gespräch zwischen Bundesaußenminister Dr. v. Brentano und dem amerikanischen Außenminister Dulles am Mittwochabend in Genf. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat Dulles den deutschen Außenminister über den Verlauf der Konferenz informiert. v. Brentano trifft am Donnerstag mit Pinay zusammen.

Bald wieder Heimkehrer

dmt. Berlin, 10. November

Wie dmt Mittwoch aus Ostberlin erfuhr, kann schon in Kürze mit weiteren Heimkehrertransporten aus der Sowjetunion gerechnet werden. Die Verzögerungen in der Rückführung seien vornehmlich auf Transportschwierigkeiten innerhalb der Sowjetunion zurückzuführen. Bis Ende November würden alle Gefangenen und Internierten in die von ihnen angegebenen Entlassungsorte befördert.

In einer fast zweistündigen Aussprache zwischen Brentano und den in Genf weilenden deutschen Parteienvertretern kam es zu Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeit direkter Kontakte zwischen Bonn und Pankow. Während der Vorsitzende des gesamtdeutschen Bundestagsausschuses, der SPD-Abgeordnete Wehner, die Aufnahme technischer Besprechungen befürwortete, lehnten die Vertreter der Regierungskoalition sie ab. An der Aussprache nahmen der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, die Abgeordneten Kiesinger (CDU), Mocker (BHE), Hubertus Prinz zu Loewenstein (FDP) und Feller (BHE) teil.

Faure stellt erneut die Vertrauensfrage

Abstimmung am Sonnabendnachmittag — Zähes Ringen um den Wahlmodus

dpa. Paris, 10. November

Die französische Nationalversammlung konnte sich in der Nacht zum Donnerstag über kein Wahlverfahren für die im Prinzip beschlossenen Neuwahlen einigen. Sie verwarf mit knapper Mehrheit den Beschluß des Rates der Republik, im Dezember nach dem Persönlichkeitswahlverfahren wählen zu lassen, und fünf andere Wahlmethoden, und zwang schließlich Ministerpräsident Faure, um fünf Uhr früh die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Vertrauensfrage ist mit einem Antrag der Regierung gekoppelt, daß sich die Nationalversammlung gemäß dem Vorschlag ihres Wahlrechtsausschusses für die Beibehaltung des bisher geltenden modifizierten Verhältniswahlrechts ausspricht, die bis jetzt möglichen Listenverbindungen aber, die von den meisten Parteien stark kritisiert werden, verwirft.

Um die Vertrauensfrage wird am Sonnabend um 15 Uhr abgestimmt werden. Da das vorgeschlagene Wahlverfahren, Listenwahl mit Mehrheitsklausel, wie im Jahre 1951 angewandt, nur einen Wahlgang vorsieht, könnte trotz der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, der von der Regierung gewünschte Termin, der 18. Dezember, eingehalten werden. Sollte der Rat der Republik aber, wie es beim ersten Wahlprojekt geschah, Abänderungen beschließen, dann müßte sich die Nationalversammlung erneut mit der Angelegenheit befassen und die Neuwahlen würden in diesem Jahr nahezu unmöglich. Auf diesen Zeitgewinn spekulieren die Gegner vorzeitiger Wahlen.

Ueberwältigende Mehrheit für den Streik

94 Prozent der Eisenarbeiter sagten „Ja" — Lohnverhandlungen gehen aber weiter

dmt. Essen, 10. November

94 Prozent der Arbeiter, die sich am Mittwoch an der von der IG Metall in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens veranstalteten Urabstimmung über einen möglichen Streik zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen beteiligten, haben sich für den Ausstand entschieden.

Nach Mitteilung der Bezirksleitung Essen der IG Metall haben sich von den über 165 000 Arbeitnehmern weit mehr als 152 000 an der Urabstimmung beteiligt. Ueber 143 000 hätten mit „Ja" gestimmt. Die Zahl der ablehnenden Stimmen habe nur wenig mehr als 7000 betragen. Der Rest der Stimmen sei ungültig gewesen.

Mit einem Streik braucht allerdings zur Zeit noch nicht gerechnet zu werden, da die Lohnverhandlungen zwischen den Tarifpartnern am Freitag fortgesetzt werden.

Der Leiter der Großen Tarifkommission der IG Metall für Nordrhein-Westfalen, Manowski, teilte mit, daß ein Streiktermin von den vier Bezirksleitungen der IG Metall in Essen, Hagen, Münster und Köln zu bestimmen ist. Falls die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem Ergebnis führen, sei die IG Metall durch das Ergebnis der Urabstimmung verpflichtet, innerhalb „kürzester Frist den Streik auszurufen".

Milchpreis wird doch nicht erhöht

Dennoch 4 Pfg. mehr durch Subvention — Deutscher Bauernverband lehnt ab

wl. Bonn, 9. November

Das Bundeskabinett faßte am Mittwoch den überraschenden Beschluß, vorläufig keine Erhöhung des Milchpreises vorzunehmen, dagegen den Milchproduzenten für die Dauer von vier Monaten vier Pfennige je Liter mehr durch unmittelbare Bundes-Subventionen zu geben, ohne daß der Verbraucherpreis hiervon berührt wird. Die Neuregelung tritt am 1. Dezember in Kraft. Mitte Februar 1956 soll eine Ueberprüfung der Lage vorgenommen werden.

Bundesernährungsminister Lübke wies auf den vorübergehenden Charakter der jetzt verfügten Subventionierung hin und bemerkte, daß das Kabinett nur mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage bei der Kohle- und Stahlindustrie von einer Erhöhung des Milchpreises im jetzigen Augenblick abgesehen habe. Die Frage werde erneut geprüft, sobald sich im Bergbau und in der Stahlindustrie die Dinge geklärt hätten.

Die Gesamtkosten der Subventionierung würden sich für die vorgesehenen vier Monate auf rund 42 Millionen DM belaufen, die der Bund außerplanmäßig übernehmen wolle. Der noch vor zwei Tagen von der CDU/CSU einstimmig gebilligte Plan, eine Milchpreiserhöhung um vier Pfennig durch eine Senkung der Zuckersteuer von 26 auf 10 Pfg. je Kilo auszugleichen, werde vom Bundeskabinett zur Zeit nicht mehr weiter verfolgt.

Für die Bundesfinanzen bedeutet die Uebernahme der Milchsubvention gegenüber dem CDU/CSU-Plan keine zusätzliche Belastung, sondern im Gegenteil noch eine beträchtliche Einsparung, da die Zuckersteuersenkung Mindereinnahmen in Höhe von 230 Millionen DM gebracht haben würde, während die Milchsubventionierung, aufs Jahr gerechnet, nur etwa 125 Millionen DM ausmacht. Ob der Bundesfinanzminister trotzdem noch eine Senkung der Zuckersteuer zugestehen wird, bleibt abzuwarten. Lübke rechnete vor, daß die Belastung der Verbraucher mit einem höheren Milchpreis etwa 90 Millionen Mark im Jahr betragen hätte. Dafür hätte aber dann die Zuckersteuersenkung eine Minderbelastung der Verbraucher um rund 230 Millionen DM gebracht, so daß die deutsche Verbraucherschaft also etwa 140 Millionen Mark gespart haben würde, wenn es nach seinem Plan gegangen wäre.

Der Deutsche Bauernverband beschloß am Mittwoch auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Bonn, die Subventionierung des Milchpreises abzulehnen und seine „bisher unerfüllten agrarpolitischen Forderungen durch wirtschaftliche und politische Zwangsmaßnahmen" durchzusetzen. Alle Bauernverbände wurden aufgefordert, sich für diese Aktionen Vollmachten erteilen zu lassen. Am kommenden Sonnabend werden etwa 14 500 Delegierte des niedersächsischen Landvolkes in Hannover darüber entscheiden, ob eine Urabstimmung über einen Käuferstreik gegen landwirtschaftliche Betriebsmittel stattfinden soll.



„Stutthof"-Prozeß in Bochum

Fünf Wochen Prozeßdauer und nahezu 100 Zeugen aus Deutschland, Norwegen und Schweden sind für den Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer und Lagerkommandanten des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig, Paul Werner Hoppe, den Lagerarzt Dr. Otto Emanuel Heidl und den KZ-Wachmann Otto Karl Knott vorgesehen. Hoppe, 45 Jahre alt und geborener Berliner, ist des 400fachen Mordes an deutschen und ausländischen KZ-Insassen angeklagt. Der Mitangeklagte Dr. Heidl wird beschuldigt, gemeinsam mit Hoppe, Knott und anderen an den Verbrechen mitgewirkt zu haben. Unser Bild zeigt Hoppe auf der Anklagebank im Gespräch mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Seidenzahn.

Ausmisten!

Es hat sich schon mancher Reporter, der glaubt, auch ein Journalist zu sein, etwas aus den Fingern gesogen und einen selbstfabrizierten Unsinn unter die Leute gebracht. Wenn die Geschichte hübsch ist und von einer gesund entwickelten Phantasie zeugt, dann kann man noch ein Auge zudrücken, falls kein Schaden angerichtet wurde. Wenn aber ein Bildreporter plötzlich auf die geschmacklose Idee kommt, in seinem Magazin die gesamte englische Königsfamilie Behoptanzend und Ziehharmonika-spielend zu zeigen, wenn er zu diesem Zweck den Aufnahmen amerikanischer Tänzerinnen und Tänzer die Köpfe der britischen Königsfamilie aufsetzt und das ganze Machwerk kopieren und klischieren läßt, dann wünscht man sich die guten alten Zeiten herbei, in denen es noch möglich war, einem solchen Dreckfinken schleunigst das Handwerk zu legen.

Ein amerikanisches Skandal-Magazin — Auflage über eine Million — hat sich den traurigen Ruhm erworben, hier eine neue „Sensation" in die Welt gesetzt zu haben. Die Fotos des amerikanischen Komikers Jerry Lewis und der Tänzerin Sheree North mußten für diese üble Fotomontage herhalten, zusammen mit Aufnahmen von Prinz Philipp und Prinzessin Margaret. Um das ganze noch amüsanter zu garnieren, ließ man in der gleichen Bildserie Königin Mary akkordeonspielend auftreten, daneben Ex-Premier Churchill, der das Banjo zupft.

In England erhob sich ein Entrüstungssturm, wobei das Blatt „Sunday Pictorial" sich zum Stimmenführer machte, eine Wochenzeitung, die sonst auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen pflegt und die Diskretion nicht unbedingt für sich gepachtet hat. Einstimmig lehnte man in der Presse aber einen Protestschritt ab, das hieße dem amerikanischen Magazin zu viel Ehre antun. Man hoffte, daß die amerikanische Presse selber ein vernichtendes Urteil sprechen werde. — Man hoffte vergebens.

Und hier wird der Fall erst recht bedenklich. Daß ein Reporter mit dem anrüchigen Mittel der Fotomontage jeden Zeitgenossen beleidigen darf und kann, ist schon schlimm genug. Daß aber die Oeffentlichkeit sich dies ruhig gefallen läßt und die Idee womöglich noch als originell feiert, das zeigt jedoch, wie weit hier Urteilsvermögen, öffentliches Gewissen und Geschmacksempfinden gesunken sind.

Das beste Mittel: Ausmisten, und zwar dort, wo des Uebels Wurzel liegt, in den Redaktionen gewisser Blätter, die bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter nicht sehr wählerisch sind. (PoB)

WORTE DER BESINNUNG

Die alltäglichen Aufgaben und Schwierigkeiten sind gerade die, an denen man reift.
Künkel

Immer mit der Ruhe

Man sollte es nicht für möglich halten: Es gibt noch Leute, die im Zeitalter der Ultraschallgeschwindigkeit nichts von Hast und Hetze wissen. Ich glaubte, diese Rasse sei längst ausgestorben in unserer betriebsamen Zeit. Aber nun bin ich gestern früh solch seltenem Exemplar der Gattung Mensch begegnet. Und dieses Erlebnis hat mir Spaß gemacht. Ob ich mich allerdings auch so amüsiert hätte, wenn ich mit in der Autoschlange festgesessen hätte, das ist fraglich. Aber ich gehörte zum bescheidenen Troß der Fußgänger, als die Geschichte passierte:

Durch eine schmale Einbahnstraße, in der Ueberholen verboten ist, steuert ein Kapitän, kein richtiger mit Seemannsbart, sondern ein Opel-Kapitän. Der Kapitän am Steuer seines Kapitäns raucht genußvoll seine Morgenzigarre und hat gewiß nichts Böses im Sinn. Plötzlich tritt er auf die Bremse, steuert die Bordsteinkante an und dreht das Fenster runter. Auf dem Bürgersteig kommt gerade der Briefträger daher wie alle Morgen um diese Zeit. Er ist offenbar „zuständig" für den Herrn am Steuer, denn sie begrüßen sich wie alte Bekannte, und dann geht's an die Postverteilung. In aller Seelenruhe. Ein paar Drucksachen, so bitte, und noch eine Zeitung. Ach, und dann noch hier dieses Einschreiben. Man immer mit der Ruhe. Zu dumm nur, daß noch andere Autofahrer an diesem Morgen die schmale Straße passieren wollen. Sie sind leider nicht so immun gegen den Bazillus der Hetze wie unsere beiden. Sie veranstalten ein wütendes Hupkonzert und bilden bald eine Schlange hinter dem seelenruhig seine Post verstauenden Kapitän. Unversehens ist der zum papierfressenden Schlangenmaul geworden. Nun noch dem Mann von der Post den Bleistift zurückgegeben und dann ein freundschaftlicher Händedruck. Endlich kann's weiter gehen.

Das nette und so ganz unzeitgemäße Verkehrshindernis ist beseitigt. Wollen zur Entschuldigung unseres gemütlichen Kapitäns annehmen, daß es selbstverständlich nur hochwichtige Geschäftspost war, um derentwillen er die Autoschlange so lange warten und hupen ließ. Gisela

Neues Problem: Kernarbeitslosigkeit

Die Verwaltung will ihm zu Leibe rücken - Sichtungsaktion bereits im Gange - Dem Menschen und der Wirtschaft helfen

Das Zauberwort unserer Zeit heißt Vollbeschäftigung. In Lüdenscheid ist sie bereits seit vielen Monaten erreicht. Als man den Anteil der Arbeitslosen — etwa im Juli d. J. — mit der Zahl der unselbständigen Arbeitnehmer verglich, kam man auf 0,4 Prozent. Inzwischen hat sich diese Lage noch weiter verbessert. Es wurde ein Anteil von 0,3 Prozent erreicht, so daß der hiesige Arbeitsverwaltungsbezirk zusammen mit Velbert im Lande Nordrhein-Westfalen an der Spitze steht und sicher auch in der Bundesrepublik einen hervorragenden Platz einnimmt. Selbst wenn man die nicht registrierten unbeschäftigten Heimarbeiterinnen hinzuzählt, sind es kaum mehr als 290 Männer und Frauen, die unter gewissen Voraussetzungen noch für eine Arbeitsaufnahme in Frage kommen. Es wäre allerdings eine Fehlkalkulation, wollte man damit dem Arbeitsamt selber Arbeitslosigkeit nachsagen, denn immerhin werden in jedem Monat noch weit über 1500 Kräfte in neue Beschäftigungsverhältnisse eingewiesen. Darüber hinaus aber ist es jetzt die Hauptaufgabe der Verwaltung, auch die sogenannte Kernarbeitslosigkeit noch weiter abzubauen und unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Ausgleichs die Kräfte herbeizuschaffen, die erforderlich sind, um den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen zu können.

Gegenwärtig sind im hiesigen Bezirk noch 1160 offene Stellen gemeldet. Der wirkliche Bedarf dürfte allerdings wesentlich höher liegen, weil viele Betriebe angesichts der Aussichtslosigkeit, ihren Wünschen zu entsprechen, sich hinsichtlich der Besetzung freier Arbeitsplätze nicht mehr an die Verwaltung wenden. Trotzdem hat die Zahl der im hiesigen Raum Beschäftigten in dem letzten Jahr seit dem 30. September 1954 um 5400 zugenommen. Im gleichen Zeitraum des voraufgegangenen Jahres war ein Beschäftigtenzugang von 5600 zu verzeichnen gewesen. Gegenüber dem Stand zur Zeit der Währungsreform ist die Zahl der Arbeitskräfte im Bezirk Lüdenscheid um 61 Prozent angestiegen. Weit dahinter liegt die Entwicklung im Land NRW, das 48 v. H. meldete, während der Bund lediglich einen Beschäftigtenzugang von 31,8 v. H. nachweisen kann. Die Gebiete mit der höchsten Arbeitslosigkeit im Lande sind augenblicklich der Bezirk Aachen mit 3,2 v. H. und Paderborn mit 3,1 v. H. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 2,7 v. H.

NEUE HÖCHSTZAHLEN

Schon 1954 wurde im Bezirk Lüdenscheid auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung ein neuer Rekord aufgestellt und 9450 Männer und 5170 Frauen in neue Beschäftigungsverhältnisse eingewiesen. Diese Zahlen werden 1955 vermutlich noch überboten, denn in den ersten zehn Monaten ist man bei den Männern bereits auf 8500 und bei den Frauen auf 4530 Vermittlungserfolge gekommen. Das war jedoch nur durch eine erhöhte Ausschöpfung der Reserven an Arbeitskräften in anderen Ländern zu erreichen. In diesem Jahre wurden durch den Ausgleich 2260 Männer und 1150 Frauen in den hiesigen Bezirk geholt; 1954 waren es nur 860 Männer und 290 Frauen.

Der größte Teil der angeworbenen Kräfte ist in der Industrie untergebracht worden. Nur ein kleiner Teil ging in die Bauwirtschaft. Man könnte hier leicht noch mehr tun, leider scheitert das aber an der Wohnraumfrage. Heute ist es so, daß fast nur noch dann neue Arbeitskräfte in unser Gebiet eingeschleust werden können, wenn die Betriebe in der Lage sind, sie auch unterzubringen. Wo das möglich ist, kann man allerdings noch mit guten Erfolgen rechnen.

FACHARBEITER VON „DRUBEN"

In diesem Zusammenhang verweist das Arbeitsamt vor allem auf ostzonale Quellen. Erst in den letzten drei Monaten wurden 150 Facharbeiter im Alter von 21 bis 23 Jahren, die von „drüben" gekommen waren, hier von verschiedenen Firmen aufgenommen. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Werkzeug- und Maschinenschlosser, Spitzendreher und Schweißer — insgesamt gesehen um ganz ausgezeichnete Kräfte, die die Ostzone meist verlassen haben, weil sie den Greifern der Volkspolizei aus dem Wege gehen wollten. Weitere derartige Fachkräfte stehen zur Verfügung, sobald die Unterkunftsfrage in befriedigender Weise geregelt werden kann.

In verschiedenen Kreisen hat man auch auf die Möglichkeit hingewiesen, ausländische Arbeitskräfte nach hier zu holen. Davon kann heute jedoch nur in geringem Ausmaß Gebrauch gemacht werden. Man will zunächst noch der eigenen Kernarbeitslosigkeit zu Leibe rücken, sie beseitigen oder zumindest doch auflockern. Dem soll eine Sichtungsaktion dienen, die bereits angelaufen ist und erstmalig über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt wird (bisher war Nordrhein-Westfalen davon ausgenommen).

NEUE FRAGEBOGEN

Alle nicht beschäftigten Arbeitskräfte erhalten Fragebogen zugestellt, mit denen besonders nach ihren Wünschen geforscht wird. Bei der Auswertung soll dann später festgestellt werden, ob und wo sich auf Grund dieser Angaben noch eine Beschäftigungsmöglichkeit bietet.

Die Erhebung wird in Form persönlicher Gespräche vorgenommen, um zu vermeiden, daß der Eindruck entsteht, es gehe der Verwaltung nur darum, auch den letzten Arbeitslosen auf jeden Fall in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Mit 34 Fragen wendet man sich an die männlichen, mit 42 an die weiblichen Arbeitnehmer. Es soll alles getan werden, um auch dem letzten unter ihnen eine seinen Fähigkeiten und seinen Kenntnissen entsprechende Position zu bieten, aus der heraus er sein Dasein zufriedenstellend selber gestalten kann.

Der Wert dieser Aktion für die Wirtschaft aber wird deutlich, wenn man an die Abwanderung junger Arbeitskräfte zum künftigen deutschen Bundesheer denkt. Die industrielle Produktion — so sagt man — wird sich nur dann noch auf annähernd der gleichen Höhe halten, wenn man bereit ist, auch einen nicht voll leistungsfähigen Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, weil 75 Prozent immer noch besser sind als gar nichts. GEH

Elfjähriger bestahl Witwe

Breckerfeld. In einem unbewachten Augenblick entwendete ein elfjähriger Junge einer alleinstehenden Witwe aus ihrer Wohnung die Handtasche mit 50 DM. Mit Mitschülern wurden 35 DM für Pistolen-Plättchen, Ferngläser und Taschenlampen ausgegeben. Der Täter konnte bald festgestellt werden.

Halver

Eine Fülle von Gratulanten

Amtsdirektor Lohoff, der — wie wir schon mitteilten — gestern seinen 60. Geburtstag begehen konnte, wurden aus diesem Anlaß eine Fülle von Gratulationen zuteil. Außer zahlreichen Persönlichkeiten des heimischen Lebens waren u. a. Landrat Hesse, Oberkreisdirektor Feuring, Kreissyndikus Dr. Häusler, die Direktoren Biermann und Bachmann von der Mark-Sauerland und zahlreiche andere erschienen, um unserem Amtsdirektor ihre Glückwünsche auszusprechen. Der Sitzungssaal des Amtshauses war aus diesem Anlaß festlich geschmückt worden.

Ruchlose Hände

In der vergangenen Nacht haben wieder ruchlose Hände an mehreren Stellen unseres Ortes an den Straßen Schilder ausgerissen oder umgebogen. Um den Frevlern auf die Spur zu kommen, bittet die Polizei die Bevölkerung um Mitarbeit. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt.

Fast ein Drittel mehr Oelfrüchte

Die endgültige Oelfruchternte(Raps, Rübsen und Mohn) beträgt 21 900 t und ist damit um 32 Prozent höher als 1954. Das ist in erster Linie eine Folge der Anbauflächenausdehnung von 9107 ha auf 12 275 ha. Der diesjährige Hektarertrag der Oelfrüchte liegt mit 17,3 dz um 6 Prozent über dem von 1954. Bei Flachs und Hanf hat die Ernte an Stengeln — zum Teil witterungsbegünstigt — um 8 bzw. 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen, während die Ernten an Samen um 12 bzw. 26 Prozent geringer ausgefallen sind.

In der Turnhalle

Kinder singen in Schalksmühle

Schulchorsingen am kommenden Samstag — Chöre des mittleren Volmetales

Seit einigen Jahren wird im Bereich des Schulaufsichtsbezirkes Lüdenscheid das sogenannte Schulchorsingen durchgeführt. Schulrat Schneider war seinerzeit der Anreger und es hat sich jetzt überall durchgesetzt. Es soll vor allen Dingen die Freude des Singens in der Schule wie auch in der Familie und darüber hinaus auch der breiten Oeffentlichkeit fördern.

Am kommenden Sonnabend wird der Bevölkerung von Schalksmühle und Dahlerbrück Gelegenheit gegeben, Kinderchöre des mittleren Volmetals bei einem großen Volksliederchorsingen zu hören. Fleißig ist in allen Schulen dafür geübt worden. Lieder und Kanons, die sich ihrem Text nach gut in unseren heimischen Wäldern singen lassen, aus alter und neuer Zeit, sind darunter zu finden, leichte und anspruchsvollere Sätze zu Weisen, die eigentlich zum Besitz jedes singbegabten Menschen und zu Begleitern des täglichen Lebens werden sollen.

Ein Kinderherz ist leicht zu erfreuen und so wäre es gut, wenn am kommenden Sonnabend alle Kinderherzen dadurch erfreut werden, daß alle Stühle in der Schalksmühler Turnhalle besetzt wären. Freudig sollen einmal die Erwachsenen darauf eingehen, was die Kinder den Besuchern an diesem Tage zu singen und zu sagen haben.

Auf der Bundesstraße 229

„Wenn man in Richtung Halver fährt . . ."

Nachstehend möchten wir unseren Lesern einen groß aufgemachten Aufsatz nicht vorenthalten, den die in Radevormwald erscheinende „Bergische Morgenpost" soeben veröffentlichte. Sie schildert die Empfindungen eines rheinischen Kraftfahrers, wenn er von Rade aus die Bundesstraße 229 in Richtung Halver befährt.

Andere Länder — andere Sitten möchte man sagen, wenn man die Bundesstraße 229 von Radevormwald aus in Richtung Halver, also nach Westfalen hinein, benutzt. Seit einigen Wochen ist genau von der Grenze an, unmittelbar hinter der Ortschaft Linde, die Fahrbahn durch eine breite, weiße, unterbrochene Linie in der Mitte geteilt. Diese Linie ist auch an unübersichtlichen Kurven unterbrochen, soll also nicht den Sinn haben, daß sie nicht überfahren werden darf. Es müssen schon andere Gründe sein, die das Landesstraßenamt Arnsberg zu dieser Maßnahme veranlaßt haben.

Nun, als Kraftfahrer kommt man sehr schnell hinter das „Geheimnis", vor allem dann, wenn man die Straße bei Nebel befährt, der nun einmal zur jetzigen Jahreszeit gehört. Man hat sich hier das Vorbild auf den Autobahnen zu eigen gemacht, auf der bekanntlich auch jede Fahrbahn durch eine Linie unterteilt ist. Der Nebel kann noch so dicht sein, diese Markierung bleibt sichtbar und ist nicht zu verfehlen. Diese Markierung ist übrigens in Westfalen nicht nur auf der B 229 zu finden, sie zieht sich auch auf anderen Straßen weit durchs Land und alle Kraftfahrer sind einer Meinung, daß es sich hier um eine vorbildliche Maßnahme handelt.

Diese Markierung endet genau am Kilometerstein 28,025, an der Grenze des Rheinlandes, die zugleich Grenze für das Landesstraßenbauamt Düsseldorf ist. Hier beginnt dann die Markierung an den Bäumen etwa einen Kilometer weit. Dann hat man offensichtlich erkannt, daß das Bepinseln jeden Baumes sehr viel Arbeit macht und darum trägt dann jeder zweite Baum das Markierungszeichen. Ausreichend und wirkungsvoll ist jedenfalls diese Orientierungsmöglichkeit nicht. Bei starkem Nebel sind die Kraftfahrer gezwungen, sehr scharf rechts zu fahren und dadurch gefährden sie sich selbst und auch die Fußgänger.

Oedinghausen/Carthausen

Große Gemeinschaftsschau

Im „Deutschen Eck" veranstalten die Kaninchen- und Rassegeflügel-Zuchtvereine von Carthausen am kommenden Wochenende eine große Gemeinschafts-Werbeschau, die eine reichhaltige Beschickung in Geflügel und Kaninchen aufweist. Mit der Ausstellung ist auch eine Verlosung und ein Preisschießen verbunden. Näheres ist aus dem morgigen Anzeigenteil ersichtlich.

Kierspe

Beratung in Versicherungsfragen

Der Außenbeamte der BVA hält am 14. November ab 13.30 Uhr eine öffentliche Sprechstunde im Sitzungssaal des Amtshauses ab. Beratung erfolgt nach Vorlage sämtlicher Versicherungsunterlagen.

Neue Glocken für Breckerfelder Kirche

Gemeindemitglieder brachten Opfer — Elektrische Läuteanlage vorgesehen

Aus drei neuen Stahlglocken wird in Kürze das Geläut der katholischen Kirche in Breckerfeld bestehen. Die Glocken wurden bereits vor vier Wochen vom Bochumer Verein gegossen. Die Tonabnahme ist auf den 15. November festgesetzt worden. Voraussichtlich findet am 2. Adventssonntag die Einweihung statt.

Zuvor sind jedoch noch einige Vorrichtungen für die Aufhängung notwendig. Den Bau des neuen Glockenstuhls, ebenfalls eine Stahlkonstruktion, hat auch der Bochumer Verein übernommen. Der Einbau einer elektrischen Läuteanlage ist vorgesehen. Hier ist allerdings noch nicht die finanzielle Seite geklärt. Die Kosten für das neue Geläut wurden zum größten Teil durch Opfer der Gemeindemitglieder aufgebracht. Vor dem Kriege besaß die katholische Kirchengemeinde zwei Glocken, die Marienglocke und die Jakobusglocke, die im Jahre 1940 eingeschmolzen wurden.

Die Heimatzeitung gratuliert

Oberbrügge. Ihren 82. Geburtstag kann morgen Frau Anna Hering, Vömmelbach, begehen.

Schalksmühle. Auf 71 Lebensjahre können morgen Witwe Elfriede Holthaus, Bergstraße 45, und Frau Pauline Keller, Bergstraße, zurückblicken.

Oberbrügge/Ehringhausen

Fortsetzung wurde gewünscht

Der Ortsjugendring Halver startete in Verbindung mit der VHS den 2. Jugendabend in Oberbrügge-Ehringhausen. In der Evangel. Volksschule in Ehringhausen waren viele interessierte Jugendliche versammelt, zu denen Dipl.-Kommunalbeamter Grafe über das Thema: „Was muß der Jugendliche vom Gesetz wissen?" sprach. Mit Erlebnissen und Beispielen verstand es der Vortragende, dieses Thema ausführlich und interessant zu gestalten. Nach einer anschließenden Aussprache wünschten die Anwesenden eine Fortsetzung des Themas an einem weiteren Abend, der in Kürze stattfinden soll.



Milch und Konjunktur

Dr. L. Der Milchpreis wird nicht erhöht. Im Bundeskabinett hat sich die Ueberlegung durchgesetzt, daß eine Preiserhöhung, gerade wenn sie in diesen Tagen beschlossen würde, die Lohnverhandlungen bei Stahl und Kohle an der Ruhr sehr ungünstig beeinflussen müßte. Es hängt aber für die gesamte Wirtschaftsentwicklung ungeheuer viel davon ab, daß das Ergebnis jener Verhandlungen die Politik der Preisstabilität nicht grundlegend beeinträchtigt. Darum ist das Kabinett weder der Vorlage von Minister Lübke, noch dem Beschluß der CDU-Fraktion gefolgt. Die Milchpreisentscheidung fiel unter ausgesprochen konjunkturpolitischen Ueberlegungen.

Auf der anderen Seite konnte das Kabinett die Forderung der Bauern auf einen höheren Erlös aus der Milch nicht ablehnen. Zudem hatte sich Minister Lübke den Bauern gegenüber schon zu stark gebunden. So kam es zu einer Zwischenlösung: der Auszahlungspreis für die Trinkmilch wird ab 1. Dezember um 4 Pfennige erhöht. Die Mittel dazu erhalten die Molkereien aus der Bundeskasse.

Der Bauernverband, der zur gleichen Zeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung abhielt, erklärt sich durch diesen Kabinettsbeschluß nicht befriedigt. Er erkennt zwar an, daß der Bauer das erhält, was der Verband seit Monaten fordert. Aber der Weg über die Subvention wird für die Milch abgelehnt. Der Verband meint, Subventionen brauche er später noch für andere Zwecke. Mißfallen hat ihm auch, daß das Kabinett den Vorschlag der CDU-Fraktion, an dem man in der letzten Zeit sehr herumgedoktert hat, ablehnte. Dieser sah eine Erhöhung des Trinkmilchpreises um nur 3 Pfennige vor, aber eine Erhöhung des Werkmilchpreises durch Erlaß der Umsatzsteuer um einen weiteren Pfennig. Das hätte bessere Durchschnittserlöse für die Bauern gebracht, die relativ viel Werkmilch abliefern.

Was nach Ablauf der auf etwa vier Monate gedachten Uebergangsregelung geschehen wird, ist völlig offen. Aber bis dahin ist nicht nur der Konflikt an der Ruhr gelöst. Dann läßt sich auch übersehen, wie weit die Regierung bei landwirtschaftlichen Betrieben die Steuer senken oder in besonderen Fällen ganz erlassen kann. Auch der Umfang der Zuckersteuersenkung spielt mit hinein. So hat die Regierung in einigen Monaten mehr freie Hand in der Regelung des Milchpreises als im Augenblick.

Mit der Ablehnung der Preiserhöhung für den Konsumenten hat das Kabinett nur der konjunkturpolitischen Lage Rechnung getragen, nicht aber vor den Milchstreiks kapituliert, wie ausdrücklich betont wird. Die Bauern und ihre Organisationen sollten weniger auf die Form der Uebergangslösung, als darauf sehen, daß sachlich ihre ursprüngliche Forderung durchgedrungen ist.

Der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill besichtigte in diesen Tagen mit seiner Tochter die Villa „Annonciado" in Mentone, die vor drei Jahren erbaut wurde und einen großen Park besitzt. Churchill verbringt seit mehreren Jahren die Wintermonate an der Riviera in der Villa von Lord Beaverbrook. Seine Freunde glauben, daß er sich entschließen wird, ganz an jene sonnigen Gestade überzusiedeln, sobald er einen idealen Platz entdeckt hat.

In Wien begann am Mittwoch der 11. Parteitag der Sozialistischen Partei Oesterreichs (SPÖ). Es ist der erste Kongreß einer Partei, seitdem Oesterreich wieder souverän geworden ist. Unter den zahlreichen ausländischen Gästen des Parteitages sind vom Parteivorstand der SPD Eichler und Kukil vertreten.

Der ägyptische Ministerpräsident Nasser und der syrische Regierungschef El Ghazzi tauschten in Kairo die Ratifikationsurkunden für den ägyptisch-syrischen Verteidigungspakt aus.

Der herzkranke brasilianische Staatspräsident Cafe Filho hat seine Amtsgeschäfte an den Präsidenten der brasilianischen Kammer, Luz, übertragen. Aenderungen im Kabinett sind nicht vorgesehen.

Disziplin auch bei Weihnachtseinkäufen

Appell der Verbraucherverbände: Preissenkungsaktion nicht gefährden!

dmt. Frankfurt, 9. November

Der Geschäftsführende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, Dr. Bock, appellierte am Dienstag in Frankfurt an die Oeffentlichkeit, auch bei den Weihnachtseinkäufen Disziplin zu bewahren. Sonst bestehe die Gefahr, daß die Preissenkungs-Aktion, die jetzt die ersten Erfolge zeige, im Weihnachtsgeschäft sang- und klanglos untergehe.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert eine Zollsenkung für importierte Kartoffeln. Sie setzt sich dafür ein, bald einen Schutzparagraphen gegen Preisüberhöhungen einzuführen, damit die Ermäßigungen bei Verbrauchssteuern auch wirklich dem Verbraucher zugute kommen. Die Verbraucherverbände wollen Richtpreise für die wichtigsten Verbrauchsgüter herausgeben, damit die Verbraucher auf dem laufenden gehalten werden.

Dr. Bock wies darauf hin, daß nach einer bundesamtlichen Statistik der Lebenshaltungsindex in zwölf Großstädten im Oktober gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat durchschnittlich um 2,6 Prozent gestiegen sei, in Hamburg um 1,6 Prozent.

Oesterreicher verloren Staatsangehörigkeit

Karlsruhe: Seit Wiedererrichtung des österreichischen Staates

gl. Karlsruhe, 9. November

Durch die Wiederherstellung der Republik Oesterreich haben alle Oesterreicher ihre 1938 mit dem „Anschluß" an Deutschland erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren. entschied am Mittwoch das Bundesverfassungsgericht.

Ein in Niedersachsen lebender Oesterreicher hatte eine Verfassungsbeschwerde gegen seine Auslieferung wegen Diebstahls an österreichische Justizbehörden mit dem Hinweis begründet, er besitze nach wie vor die deutsche Staatsangehörigkeit und könne deshalb nicht „an das Ausland" ausgeliefert werden. Die Verfassungsbeschwerde wurde zurückgewiesen.

Am meisten umstritten war bisher auch die Staatsangehörigkeit der seit 1945 ständig in Deutschland lebenden Oesterreicher, die ihre 1938 erworbene deutsche Staatsangehörigkeit behalten haben. Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß auch diese Oesterreicher die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hätten. Seit dem 27. April 1945, dem Tage der Wiedererrichtung eines selbständigen österreichischen Staates, dürfen sie von Deutschland „nicht mehr als Staatsbürger in Anspruch genommen werden". Die auf dem „Anschluß" beruhende Staatszugehörigkeit werde demnach genau so automatisch wieder verloren, wie sie mit der Annexion Oesterreichs im März 1938 automatisch erworben worden war.

Ab Samstag wieder deutsche Offiziere

Aushändigung der ersten 100 Ernennungsurkunden im Bundesverteidigungsministerium

wl. Bonn, 9. November

Ab kommenden Samstag wird es in der Bundesrepublik die ersten 100 uniformierten Offiziere und Unteroffiziere geben. Am Samstag um 10 Uhr werden ihnen die Ernennungsurkunden nach der schriftlichen Verpflichtung durch Bundesverteidigungsminister Blank in feierlicher Form ausgehändigt. Weniger feierlich ist allerdings der Ort, an dem dieser Akt stattfindet, es ist nämlich die Autohalle im Bundesverteidigungsministerium, der größte Raum, über den man dort zur Zeit verfügt.

Ein großer Teil der Ernannten wird erstmals „in voller Uniform" erscheinen. Unter ihnen befinden sich auch die Generale Heusinger und Speidel, die von nun an nicht mehr das „a. D." hinter ihrem Dienstgrad zu führen brauchen.

Bis zum 1. Januar 1959 sollen die Truppen des Heeres und bis zum 1. Januar 1960 auch Luftwaffe und Marine stehen. Mit der Einberufung der ersten Wehrpflichtigen wird zum Herbst 1957 gerechnet. Die deutschen Streitkräfte umfassen nach den NATO-Vereinbarungen 500 000 Mann, davon 400 000 Mann Heer, 80 000 Mann Luftwaffe und 20 000 Mann Marine.

Kader für drei Divisionen

tm. — Das Hin und Her um den Bundesgrenzschutz scheint jetzt einer klaren Lösung Platz zu machen: Ueberführung in die Streitkräfte. 20 000 Mann mit Kasernen, vielen Fahrzeugen, Handfeuerwaffen und Schiffen stehen bereit, drei Divisionen mit einem stabilen Fundament auszustatten, auf das man nur noch aufzustocken braucht! Viele Millionen DMark und noch mehr Mühe um die Ausbildung des Bundesgrenzschutzes werden dadurch hohe Zinsen tragen.

1951 war der Gedanke an Streikräften noch durch die unglückliche EVG-Konzeption diktiert. In ihrem Rahmen fand der Grenzschutz keinen Platz. Selbst die kühnsten Planer wagten es nicht, damals etwa den Grenzschutz als ein vorbereitendes Instrument der Schulung für künftige Streitkräfte anzusehen. Schließlich legte auch das Gesetz über den Grenzschutz seine „reinen Polizei-Aufgaben" fest. An dieser Richtlinie hat sich im Laufe der letzten beiden Jahre offiziell nichts geändert, aber das waffenstarrende Gegenüber in der DDR zwang ganz automatisch zu einer „Notwehr", wenigstens am Sandkasten und auf dem Manöverplatz. So wuchs der Grenzschutz langsam in eine militärische Funktion hinein, die in Kürze durch die offizielle Uebernahme in die Truppe ihre Krönung finden soll.

Bei Gemeindewahlen, die in mehr als 100 Städten und Regierungsbezirken der USA abgehalten wurden, erzielten die Demokraten an vielen Orten Erfolge. Die demokratische Parteileitung glaubt daraus schließen zu können, daß ihre Partei auch bei den Kongreß- und Präsidentenwahlen im kommenden Jahr siegen wird.

1617 deutsche Soldatengräber aus dem letzten Weltkrieg sind bis jetzt in Finnland registriert worden. Etwa ein Drittel konnte noch nicht identifiziert werden. Die meisten in Finnland gefallenen deutschen Soldaten ruhen in Gebieten, die im finnisch-sowjetischen Friedensvertrag an die Sowjetunion abgetreten wurden.

12200 polnische Bauernfamilien wurden in diesem Jahre aus den dicht besiedelten Landbezirken von Krakau, Lodz, Warschau und Kielce in den „westlichen Territorien" — den ehemals deutschen Ostgebieten — angesiedelt.

Koalitionsgespräche

dld. — Die Innenpolitik hat sich in diesen Tagen vernehmlich zu Wort gemeldet. Die Mitglieder des Bundeskabinetts beschäftigten sich in einer vertraulichen Sitzung mit den Veränderungen, die seit dem Oktober 1953 in ihren eigenen Reihen eingetreten sind. Zwölf Stunden später suchte Vizekanzler Blücher den langsam genesenden Regierungschef in Rhöndorf auf. Gewiß wollte er aus dem Munde des Kanzlers selbst bestätigt hören, was schon Tage zuvor offiziell dementiert worden war: daß nämlich an eine Aenderung der Stellvertretung, etwa durch einen „Inneren Kabinettsrat", nicht gedacht wird.

Man darf sicher sein, daß Dr. Adenauer diese Versicherung guten Gewissens abgeben konnte, denn tatsächlich hat Franz Blücher seit mehr als sechs Jahren sein volles Vertrauen. Etwas anderes ist es mit der parteipolitischen Kräfteverteilung im Kabinett selbst, die in Kreisen der Bonner Koalition mit einer gewissen Sorge beobachtet wird. Der CDU/CSU-Gruppe innerhalb der Regierung sind mit Theodor Blank und Franz-Josef Strauß zwei neue, sehr aktive Ressortminister zugewachsen, so daß sich ihre Zahl von zehn auf zwölf erhöht hat. Nicht genug damit, hospitieren seit geraumer Zeit auch die beiden bisherigen BHE-Vertreter Professor Oberländer und Waldemar Kraft in den Reihen der Kanzlerpartei: macht vierzehn Ministersitze gegenüber nur vier der FDP und zwei der Deutschen Partei. Das ist in der Tat eine Verschiebung der Kräfte, die im Oktober 1953 nicht vorauszusehen war.

Nun hätte es Dr. Adenauer sehr leicht, darauf hinzuweisen, daß das Kabinett ja weder ein verfassungs- noch ein gesetzgebendes Organ ist, ja, daß er selbst nach dem Paragraphen nicht einmal der Zustimmung des Kabinetts für seine Maßnahmen bedarf, daß also laut Grundgesetz die Minister wohl die Chefs ihrer Ressortverwaltungen sind, darüber hinaus aber nur seine Ratgeber zu sein brauchen. Das alles aber sind nur theoretische Ueberlegungen. Tatsächlich will der Bundeskanzler die aus einer Gruppe von Parteien bestehende Koalition, und er braucht sie auch, wenn er an den nächsten Bundestagswahlkampf des Jahres 1957 denkt. Würde er dieses Team Work oft sehr spannungsgeladener Kräfte nicht schätzen, hätte er als Chef der Partei, die die absolute Mehrheit der Sitze errang, bereits vor zwei Jahren eine Einparteienregierung bilden können.

Nicht für die nächsten Wochen, wohl aber für die bevorstehenden Wintermonate erhebt sich also für den Regierungschef neben den drängenden außenpolitische Forderungen die Notwendigkeit, in den eigenen Reihen auszugleichen, Aufgaben zu verlagern und Ansprüchen, die berechtigt erscheinen, Genüge zu tun. Wie das im einzelnen vor sich gehen kann, ist ihm selbst bis zur Stunde sicher noch nicht klar. Hier und da wird ein Rücktritt Anton Storchs erwartet, der mit der sozialen Neuordnung wenig Glück hatte. Ob das eine bescheidene Teillösung sein könnte? Es muß fraglich bleiben. Nur eines ist sicher: irgendein Mehr am Apparat, ein zusätzlicher Kabinettssitz oder ein weiteres Staatssekretärsamt als Ausweg wäre keine Lösung!

Mit Segelwagen durch die Sahara

Tanger. Die beiden Amerikaner Sheppard und Shaprou wollen die Wüste Sahara mit einem Segelwagen durchqueren, der zur Zeit bei Tanger zusammengesetzt wird. Wenn diese „Probefahrt" gut verläuft, wollen die beiden solche Fahrzeuge serienweise herstellen und sie an die Bevölkerung der Sahara und anderer Wüsten verkaufen.

Wer treu geschafft,
bis ihm die Kraft gebricht,
wer liebend stirbt,
ja den vergißt man nicht.

Durch Gottes unerforschlichen Ratschluß starb heute plötzlich und unerwartet unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wwe. Lina Schmalenbach
geb. Schmidt
im Alter von 91 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Wwe. Klara Schmalenbach geb. Dahlhaus
Wwe. Alma Fürst geb. Schmalenbach
Karl Kombäcker und Frau Meta
Elfriede Schmalenbach geb. Schmalenbach
Enkel und Urenkel

Rotthausen, Halver, Hagebüchen, Bollwerk, den 8. November 1955.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 12. November 1955 um 14.30 Uhr vom Trauerhause aus statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Am 7. November verstarb nach schwerer Krankheit

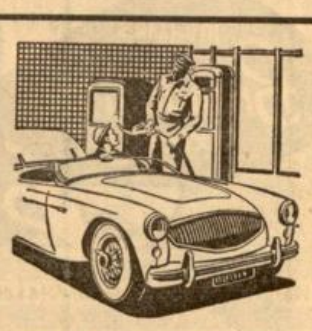
Frau Maria Franz
geb. Kipke

Die Beerdigung findet Freitag, 11. Nov. 1955, um 15 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen

Sodbrennen und Magenbeschwerden

entstehen meistens durch überschüssige Magensäure. Auch Speisen, die zu lange im Magen liegen und gären, können Ihnen zu schaffen machen. Rasch bringt Biserirte Magnesia den Magen wieder in Ordnung. Schon 2-3 Tabletten binden die überflüssige Magensäure, beruhigen die entzündete Magenschleimhaut und fördern die Verdauung. Die Schmerzen vergehen unmittelbar nach dem Einnehmen, und der Magen kann wieder normal und ruhig arbeiten. Jede Apotheke hält Biserirte Magnesia zu DM 1,65 für 60 Tabletten vorrätig.



Es lohnt sich hier Kunde zu sein

Corn. Schürmann
Halver, Tel. 353

Wußten Sie schon,
daß wir z. Zt. über
2000 Schallplatten
zur Auswahl haben?
Elektrohaus
Gebrüder Turck
Halver

PFAFF-Nähmaschinen
Weltmarke Pfaff zu erleichterten Zahlungsbedingungen nur aus dem Fachgeschäft von
Ernst Bergmann · Halver

Möbl. Zimmer
mit 2 Betten, oder
2 Einzelzimmer
für sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 941 an den Allgemeinen Anzeiger.

Neues
Wilhelm Busch-Album
Sammlung lustiger Bildergeschichten in 1500 Bildern
DM 34.–
Buchhandlung
Wilh. Bell jr.



Überall und jederzeit schafft SUNLICHT SEIFE Sauberkeit



ANZEIGEN
in der Heimatzeitung
Allgemeiner Anzeiger
Nachrichten für das Märkische Sauerland haben stets besten Erfolg

Unsere Anzeigenannahmestellen:
Halver, Geschäftsstelle Kirchstraße 5
Schalksmühle, Hermann Piepenstock, Bahnhofstraße
Oberbrügge, Robert Wasserfuhr, Heerstr.
Kierspe, Fritz Karge, Fr.-Ebert-Straße 359
Rönsahl, Karl Aschenberg, Am Markt